

Beilage zur Weißeritz-Zeitung

Nr. 46

Sonnabend, am 23. Februar 1929

95. Jahrgang

Chronik des Tages.

Reichsernährungsminister Dietrich wird in den nächsten Tagen dem Kabinett eine Denkschrift über Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft vorlegen.
Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags hat sich gegen die Ernennung eines Zentrumsministers zum Staatsminister ohne Portfeuille ausgesprochen.
Der Berliner Bildrundfunk ist mit dem heutigen Tage für die Öffentlichkeit freigegeben.
Im Ingenieurhaus in Berlin wurde eine von der Tochter des großen Physikers Herz hergestellte Waffe feierlich aufgestellt.
Das Dampfschiff „Graf Zeppelin“ ist am Freitag unter Führung des Kapitäns Lehmann noch einmal zu einer kurzen Wertstättenfahrt aufgestiegen.
In Tilsit begann der erste Prozeß gegen den „Schreden Ostpreußens“, den Schwerverbrecher Otto Kayser.
In Gladbeck wurden auf der Besse Matthias Stinnes, Schacht 3-4, 118 000 Mark Lohngehalte geraubt.
In Kirchberg a. d. Jagst (Württemberg) ist die evangelische Kirche, ein Kleinod aus alter Zeit, bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt.

Von Woche zu Woche.

Handbemerkungen zur Zeitgeschichte.
Briand hat einmal gesagt, wenn die internationale Lage es erfordere, dürfe eine Regierung nicht davor zurückschrecken, sich „an die Macht zu klammern“ und solange zu regieren, wie sie eine Mehrheit, und sei es auch nur eine solche von einer Stimme, habe. Wahrscheinlich schwebte ihm dabei das Beispiel des Ministerpräsidenten Combes vor Augen — des Vaters der Laiengefesse — der es vor dem Kriege tatsächlich fertiggebracht hatte, zweieinhalb Jahre hindurch mit einer Mehrheit von vier Stimmen sich im Amt zu halten. Jetzt folgt Poincaré seinem Beispiel!

Die Parlamentsmehrheit der neuen Regierung Poincaré ist von 70 auf 6 Stimmen zusammengeschnitten. Es ging darum, ob Trou-Cur-Mer — das französische Rosenmüchel — sein Gericht erster Instanz wieder erhalten sollte. Also sicher keine weltberühmte Angelegenheit. Bedeutung gewinnt diese Abstimmung aber dadurch, daß Poincaré nur irtümlicher Weise eine Mehrheit erhalten hat! Die Gefässer Stürmel, Haug und Walter weilten während der Abstimmung nicht in der Kammer, worauf man ihre Stimmen einfach denen der Regierungsparteien zuzählte, während die Abgeordneten, nach ihren eigenen Befundungen selbstverständlich gegen das Kabinett stimmen wollten. Zwei weitere Stimmen hatte Poincaré dadurch erlangt, daß die früheren Minister Herriot und Queuille sich der Stimme enthielten, weil sie sich für das umklämpfte Gesetz mitverantwortlich glaubten. Und die letzte Stimme? Die stammt von den zwölf Kabinettsmitgliedern, die sich in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete selbst das Vertrauen bescheinigt haben!

Wann Poincaré stürzen wird? Nicht vor der Beendigung der Reparationskonferenz, die gegenwärtig erstmals in ein entscheidendes Stadium getreten ist. Der Freitag scheint in Paris ein „großer Tag“ gewesen zu sein. Die Verschönerung war noch größer, und die Tären waren noch fester verriegelt, als es bisher schon der Fall war. Wirtschaftsführer lieben es nicht, bei offenen Fenstern zu diskutieren oder sich in entscheidenden Stunden in die Karten bilden zu lassen. Aber, wo nichts zu erfahren ist, wird etwas vermutet, und so schießen denn auch in Paris die Gerüchte äppig ins Kraut.

Auf die Wiedergabe dieser Mutmaßungen kann man in Deutschland verzichten. Wahrscheinlichkeit kommt nur der Darstellung zu, nach der es der deutschen Delegation gelungen ist, zwei Erfolge zu erzielen: einmal den, daß die Reparationsfrage nur als Auschnitt aus dem viel größeren internationalen Wirtschaftsproblem behandelt werden kann, zum andern den, daß eine Einigung über die Endsumme nicht auf dem Wege des Kuhhandels zu erzielen ist. D. h., die deutsche Delegation verspricht sich keinen Erfolg davon, Zahlen zu nennen, um Wechsel in Höhe des doppelten Betrags entgegenzunehmen und dann um einige Milliarden mehr oder weniger zu feilschen, sondern sie ist der Meinung, der Zahlenofferte müsse eine Untersuchung der deutschen Leistungsfähigkeit und der Transfermöglichkeit vorausgehen. Das hält einige Leute in Paris, die das Gras wachsen hören, aber nicht ab, zu versichern, die Amerikaner seien gleichfalls der Ansicht, daß Deutschland jährlich zwei Milliarden — gegenwärtig zahlen wir 2,5 Milliarden — aufbringen könne.

In der neuen Woche wird auch die „Große Politik“ wieder aus dem Winterschlaf erwachen; in der Innenpolitik ist es längst zu lebendig. Die erste Märzwoche bringt die neue Tagung des Völkerbundesrates, in der vielleicht auch die Frage der Rheinlandräumung, auf alle Fälle aber die Frage der nationalen Minderheiten behandelt werden wird. Der polnische Außenminister Jaleski scheint seine Absicht, die Ausdehnung der Minderheitenbestimmungen auf alle Staaten zu fordern, wieder fallen lassen zu haben. Eine günstigere Position hätte sich Polen auch bei dem Beharren auf seinen angekündigten Antrag nicht verschaffen können: In Polen, das den Minderheitenbestimmungen unterworfen ist, sitzt der Führer des Deutschen Volksbundes Ullrich auf Grund offensichtlich gefälschter Urkunden in der Untersuchungshaft, und in Deutschland, für das die Minderheitenbestimmungen nicht gelten, muß der Geschäftsführer der polnischen Minderheit, Herr Racymarek, die neue preussische Schulverordnung als einen bedeutamen Fortschritt anerkennen. Es ist also trübsalig, dem Reiche das Recht zur

Aufrollung der Minderheitenfrage absprechen zu wollen.

England hat in den letzten Tagen erneut den Beweis erbracht, daß sein Außenminister Chamberlain seine „Bolschewistik“ den Dementis verdankt: Der britische Botschafter in Washington kündigte englische Schritte zur Einberufung einer neuen Seeabräufungskonferenz an, worauf Chamberlain im Unterhaus prompt feststellte, der Botschafter habe nur als „Privatmann“ gesprochen. Damit hatte Chamberlain der englischen Außenpolitik wieder einmal wertvolles Porzellan zertrümmert. Man versteht es daher, wenn angesichts dieser Lage dem Chamberlains eigener Partei zuzurechnenden „Evening Standard“ die Erkenntnis aufdämmert, daß Chamberlain vielleicht doch als der „am meisten vom Unglück verfolgte englische Außenminister“ in die Geschichte eingehen werde. Schade nur, daß das Unglück der englischen Außenpolitik auch für die Welt kein Glück ist.

Einschränkung der Eidesleistung.

Reichsminister Koch-Weser gibt Erläuterungen. — Teilweise Ersetzung der Eide durch „Bekräftigungen“.

Reichsjustizminister Koch-Weser gab im Strafrechtsausschuß des Reichstages Erläuterungen zu der geplanten Reform des Eideswesens. Der Minister legte dar, ein völliger Verzicht auf den Eid sei nicht am Platze, wohl aber könne man ohne Gefahr die Zahl der Eidesleistungen einschränken. Zu diesem Zweck wolle der Reichstag vorliegende Entwurf eine neue Form der Vernehmung schaffen, „Bekräftigung“ genannt, bei der kein Eid abgenommen werde, bei der aber die Unwahrheit als Vergehen bestraft werde.

Beibehalten werde der Eid für die Fälle, wo von der Aussage eines Zeugen die entscheidende Beurteilung eines Falles abhängt, und wo der Eid das äußerste Mittel zur Wahrheitsforschung sei. Notwendig sei das, weil es nicht angehe, Personen zu schweren Strafen zu verurteilen auf Grund einer Aussage, die ohne jede Gefahr für den Zeugen abgegeben werden könne.

Der Minister schilderte dann die geplanten einschränkenden Bestimmungen für die Abnahme des Eides. Für den Meid sei nach wie vor die härteste Strafe vorgesehen. Die bekräftigte Aussage solle strafflos bleiben, wenn sie unter Eid widerrufen werde. Der Minister erwartete, daß diese neuen Bestimmungen sich in der Hand eines geschickten Richters vorteilhaft von der jetzigen Regelung unterscheiden werden. Im weiteren Verlauf seiner Rede wies Reichsjustizminister Koch-Weser noch darauf hin, daß der Entwurf einmal die Einschränkung der Eide bringe, zum andern aber auch eine begrenzte Anwendung selbst der Bekräftigungen. Was die Bestrafung des fahrlässigen Falschswores und der fahrlässigen Falschaussage betreffe, solle eine Bestrafung nach dem Vorliegen einer Prüfung des Falles möglich sein. Alles in allem sei die geplante Neuordnung von grundlegender Natur, ferner bringe sie eine

Erleichterung der österreichisch-deutschen Rechtsannäherung.

Zum Schluß bezeichnete der Minister die neuen Bestimmungen als wesentlichen und einzig möglichen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustande. Es werde darauf ankommen, eine richtige Vernehmungstechnik zu schaffen und vor allem den Richtern Gelegenheit und Arbeit zu geben, sich mit dem Einzelfall so sorgfältig wie möglich zu beschäftigen.

Der Kanzler mahnt zur Sparsamkeit.

Besprechungen mit den Führern der Regierungsparteien. — Sonderbesprechung mit Stegerwald.

Reichskanzler Müller hatte eine Besprechung mit Vertretern der hinter der Regierung stehenden Parteien. In dieser Besprechung wies der Reichskanzler auf die zahlreichen Anträge hin, die in der letzten Zeit im Reichstage eingebracht worden sind, ohne daß die parlamentarische Verantwortung übernommen haben. Es handelte sich vor allem um die Anträge auf dem Gebiete der Sozialpolitik, in denen neue Ausgaben gefordert werden, die angesichts der Finanz- und Wirt-

schafslage von der Reichsregierung nicht verantwortet werden könnten. Der Reichskanzler richtete eine ernste Mahnung zur Sparsamkeit an die Parteien. Die Parteien stimmten diesen Ausführungen zu. Es wurde eine engere Fühlungnahme der Parteien untereinander angeregt.

Im Anschluß daran empfing der Reichskanzler auch den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion Stegerwald und machte ihm von der Unterredung mit den Führern der Regierungsparteien Mitteilung.

Die Zentrumsfraktion lehnt ab.

Keine Bereitwilligkeit zur Stellung eines Ministers ohne Portfeuille.

Die Koalitionsverhandlungen in Preußen haben sich weiter verschlechtert. Die Zentrumsfraktion des preussischen Landtags beschloß, unter Vorsitz des Abgeordneten Dr. Heß, den von der Deutschen Volkspartei gemachten Vermittlungsvorschlag, wonach das Zentrum sich mit zwei Reformministern und einem Minister ohne Portfeuille in Preußen begnügen sollte, abzulehnen. Diese Ablehnung, die einmütig erfolgte, wurde von Dr. Heß alsbald dem Ministerpräsidenten Brauns mitgeteilt, der sie zur Kenntnis nahm und sie an die Deutsche Volkspartei weiterleitete.

Wie verlautet, betrachtet Ministerpräsident Brauns seine Mission damit als erledigt. Da man in Preußen wiederum auf dem toten Punkt angelangt ist, fehlt nun auch der Hebel, den man im Reiche ansehen könnte.

Zusammentritt des volksparteilichen Parteivorstandes.

Berlin, 22. Februar. Heute nachmittags trat der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei zu einer Sitzung zusammen, um die politische Lage zu besprechen. Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, die kurze Zeit vorher Beratungen gepflogen hatte, beschränkte sich darauf, Berichte ihrer Unterhändler über den Verlauf der letzten Verhandlungen entgegen zu nehmen.

Anschlag auf Marshall Fung.

Der Sohn des Marshalls und zwei seiner Adjutanten unter den Todesopfern.

Auf den Eisenbahnzug des chinesischen Marshalls Fung, des sogenannten christlichen Generals, wurde ein Anschlag verübt. Das Gleis, auf welchem der Zug die Station Kaifu durchfahren mußte, war unterminiert. Eine Bombe beschloß den Zug aus Maschinengehören. Aus dem Zuge wurde das Feuer erwidert. Der Feuerkampf dauerte zweieinhalb Stunden. Der Zug mußte infolge der Explosion stehen bleiben. Einige Wagen wurden aus dem Gleis gehoben. Zwei Adjutanten Fungs und ein Sohn des Generals wurden getötet. Fung selbst blieb unverwundet.

Schlechte Außenhandelsbilanz.

Erhöhung der Ein- und Ausfuhrwerte. — Zollabrechnungen verbunkeln das Bild.

Der Einfuhrüberschuß im deutschen Außenhandel beträgt im Januar 283 Millionen Mark gegenüber 122 Millionen Mark im Dezember 1928. Die Einfuhr im reinen Warenverkehr stellt sich auf 1319 Millionen Mark, die Ausfuhr — ohne Reparationsfachlieferungen — auf 1036 Millionen Mark. Gegenüber dem Dezember ist die Einfuhr um 218,2 Millionen, die Ausfuhr — einschließlich der Reparationsfachlieferungen — um 76,1 Millionen Mark höher. Die Steigerung der Einfuhrzahl beruht jedoch zu einem erheblichen Teil auf Zollabrechnungen für Waren, die tatsächlich bereits in den zurückliegenden Monaten in den freien Verkehr getreten sind. Schaltet man die hierdurch bedingte Heberhöhung aus, so ergibt sich eine tatsächliche Zunahme der Einfuhr von etwa 70 bis 80 Millionen Mark, die auf Rohstoffe und halbfertige Waren, sowie Fertigwaren entfällt. Die Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken hat etwas abgenommen. An der Zunahme der Ausfuhr sind Rohstoffe und halbfertige Waren, sowie Fertigwaren beteiligt. Die Aus-

Überflüssig!

Persil macht's schonender

durch einmaliges kurzes Kochen!

**Schlösser
Messer
Gabeln
Löffeln** aller Art

Druckmaschinen sowie alle Eisen-, Kurz- und Stahlwaren empfiehlt staunend billig

Carl Heyner
Ferntauf 118

Gelegenheitskauf!
Wäschemangel f. Hand- u. elektrischen Betrieb, neu, hochmod. Bauart, preisw. verkäuflich. Off. u. „E.C. 1830“ a. d. Geschäftsst. dieser Zeitung erbeten.

Anstricken v. Strümpfen
aller Art, Rasche und feine. Herm. Rothe Nachf.

Druckmaschinen aller Art liefert die Buchdruckerei von Carl Jehon.